



Vorstand & Verwaltung

Alt-Moabit 91

10559 Berlin

Telefon 030 –4597 5750

Fax 03212 - 5133222

E-Mail: vorstand@wir-pflegen.berlin

Web: wir-pflegen.berlin

E-Mail von: gtammen-parr@wir-pflegen.berlin

[Wir pflegen Berlin e.V., Alt Moabit 91, 10559 Berlin](http://www.wir-pflegen.berlin)

Ausschuss für Gesundheit und Pflege
Abgeordnetenhaus von Berlin
Niederkirchnerstr. 5
10117 Berlin

Berlin, 13.06.2023

Stellungnahme

zum Tagesordnungspunkt 4 der 23. Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Pflege
im Abgeordnetenhaus Berlin am 19. Juni 2023

Der Vorstand des Vereins pflegender Angehöriger „wir pflegen. Berlin“ e.V. nimmt die Anhörung im Ausschuss für Gesundheit und Pflege des Berliner Abgeordnetenhauses am 19. Juni 2023 zum Anlass, eine Stellungnahme zum Tagesordnungspunkt 4 abzugeben. Zunächst jedoch gratulieren wir allen gewählten Abgeordneten sowie der neu gewählten Senatorin Frau Dr. Ina Czyborra. Wir wünschen gute Erfolge in diesem schwierigen Politikfeld und bieten unsere aktive Mitarbeit an, die Pflegepolitik in Berlin weiterzuentwickeln.

Wir begrüßen sehr, dass der Ausschuss für Gesundheit und Pflege sich mit dem Landespflegeausschuss und speziell mit der Rolle der pflegenden Angehörigen in diesem Gremium befasst. Wir betrachten es als deutlichen Fortschritt, den Vertretungen der Betroffenen neben Kostenträgern, Leistungserbringern, Verwaltung und der politischen Leitung der Senatsverwaltung für Wissenschaft, Gesundheit und Pflege ein Mitgestaltungsrecht in diesem Gremium einzuräumen. Mit der Neukonstituierung des Landespflegeausschusses am 05. November 2022 vertreten nun 8 ordentliche Mitglieder im Landespflegeausschuss die Interessen der zu pflegenden Menschen und ihrer Angehörigen – ob sie nun selbst pflegen oder auch professionelle Pflegesachleistungen nutzen. Sie bilden die Mitgliedergruppe 1 „Pflegebedürftige, An- und Zugehörige“. Unser Verein „wir pflegen. Berlin“ e.V. wurde als ordentliches Mitglied für diese Gruppe benannt und hat mit Frau Sonja Kemnitz eine aktiv pflegende Angehörige als Vertreterin in den LPA entsandt.



In den vergangenen acht Monaten wurde bereits intensiv gearbeitet. Auf Initiative der Mitgliedergruppe 1 hat eine Arbeitsgruppe mit dem Titel „Krisenbedingte Belastungen in der ambulanten Langzeitpflege“ zu arbeiten begonnen. Sie hat – neben den regulären Beratungen des Landespflegeausschusses im Ganzen – bereits zweimal getagt. Die AG wird sich fokussiert mit An- und Überforderungen in Pflegehaushalten befassen und will Vorschläge erarbeiten, wie die Versorgung im häuslichen Bereich verbessert sowie die Belastungen in den Pflegehaushalten reduziert werden können. Angesichts der stark steigenden Zahl der Pflegebedürftigen, der erheblichen Personalprobleme in der Pflege und der Defizite in der Versorgungsinfrastruktur besteht hier gravierender Handlungsbedarf.

Schon jetzt zeichnen sich auch Probleme ab, die aus unserer Sicht schnell gelöst werden müssen. Aktuell sind noch immer nicht alle 8 Mitgliederplätze der „Betroffenenbank“ besetzt: der Landesbeirat für psychische Gesundheit sowie der Landesbeirat für Integration und Migrationsfragen haben noch keine Vertreter in den Landespflegeausschuss entsandt. Das ist problematisch, weil auch wichtige Sozialverbände wie der VdK und der SoVD nicht im LPA vertreten sind. Bisher wurde auch – obwohl schon länger angekündigt – die Pflegebeauftragte des Landes Berlin noch nicht ernannt. Angesichts des Handlungsbedarfs in der Pflege sollte dieses Arbeitsfeld eigenständig besetzt und die Mitarbeit im LPA nicht allein von der sehr engagierten Patientenbeauftragten des Landes Berlin als stellvertretendes Mitglied abgesichert werden.

Als gravierend erweisen sich zunehmend auch die Grenzen der Ehrenamtlichkeit. Diese betreffen besonders die Mitgliedergruppe 1. Die Mitglieder dieser Gruppe können mehrheitlich nicht auf ein professionelles Büromanagement zurückgreifen und haben nicht alle eine sichere Räumlichkeit. Der Zeitaufwand für inhaltliche Aufgaben sowie für das Gruppenmanagement ist erheblich und rechtfertigt eine öffentlich finanzierte Personalstelle. Es bestätigt sich eine langjährige Beobachtung: wenn sich pflegende Angehörige oder ehrenamtlich engagierte Bürger*innen in sozialen Gremien aktiv und dauerhaft einbringen wollen, brauchen sie gute unterstützende Rahmenbedingungen. Und das geht über eine Kostenerstattung für Sachmittel weit hinaus. Es geht um Zeit und Freiraum für konzeptionelle Arbeit. Das gilt für pflegende Angehörige umso mehr, da sie bis zu 24 Stunden an 7 Tagen in der Woche in der Versorgung eingespannt sind.

Unser Verein schlägt deshalb vor, ab Januar 2024 neben erforderlichen Sachmitteln auch eine personelle Unterstützung im Landespflegeausschuss mit öffentlichen Mitteln zu finanzieren. Das kann z.B. eine studentische Hilfskraft oder auch ein dauerhaft eingerichteter Praktikumsplatz für eine/n Studentin/en einer einschlägigen Fachrichtung sein. Als Arbeitsplatz käme aus unserer Sicht die Senatsverwaltung und ggf. auch die Fachstelle für pflegende Angehörige oder ein anderes „pflegenahes“ Projekt in Frage. Bisher ist – nach mündlicher Auskunft der Verwaltung - eine Finanzierung der Unterstützung der Arbeit der Mitgliedergruppe 1 nur im Rahmen des fixen Budgets des Landespflegeausschusses möglich. Diese



Wir pflegen Berlin e.V. | Vorstand & Verwaltung |

Mittel sind jedoch begrenzt und berücksichtigen den beschriebenen Sonderbedarf nicht. Deshalb ist aus unserer Sicht eine Finanzierung außerhalb dieses Budgets erforderlich. Eine solche personelle Unterstützung könnte ein Baustein der Fortschreibung der Berliner Strategie zur Unterstützung pflegender Angehöriger werden. Bestandteil der Tätigkeit könnten neben dem Büromanagement für die Mitgliedergruppe 1 auch weitere Unterstützungsleistungen wie digitale Foren und Befragungen von Betroffenen und pflegenden Angehörigen sein.

Darüber hinaus bitten wir den Senat, den Arbeitsgruppen unbürokratisch und vertrauensvoll die Informationen bereit zu stellen, die sie für eine inhaltlich gute Tätigkeit benötigen. Für die Zielstellung des Landespflegeausschusses, fundierte Empfehlungen für eine verbesserte pflegerische Versorgung zu erarbeiten, ist insbesondere eine belastbare Daten- und Quellengrundlage notwendige Voraussetzung. Hier bestehen – betrachtet man z.B. die Datenlage zur Versorgungssituation in den Pflegehaushalten - erhebliche Defizite.

Die Arbeit im Landespflegeausschuss kann eine zeitgemäße und nutzerfreundliche digitale Unterstützung spürbar erleichtern. Die auf Anregung der Mitgliedergruppe 1 eingerichtete Dokumentencloud – die allen Mitgliedergruppen im LPA zu Gute kommt – ist derzeit aber leider nicht problemlos und störungsfrei zugänglich. Darüber hinaus wären gesicherte pads, auf denen gemeinsam an Themen und Dokumenten gearbeitet werden kann, eine zeitsparende Hilfe. Zugleich sind sie wirksame Schritte zur Beförderung von Transparenz und Zusammenarbeit des Landespflegeausschusses. Deshalb sollte sein Internetauftritt dringend aktualisiert und durch eine Funktion für Lesermeinungen ergänzt werden.

Wir würden uns freuen, wenn der Ausschuss für Gesundheit und Pflege unsere Vorschläge für die Stärkung der Arbeit im Landespflegeausschuss unterstützt.

Der Landespflegeausschuss trägt eine hohe Verantwortung für eine bedarfsgerechte Landespflegestrukturplanung in Berlin. Da mehr als 80 Prozent der Menschen mit Pflegebedarf in der Häuslichkeit gepflegt werden, kommt diesem Bereich und den ihn maßgeblich tragenden pflegenden An- und Zugehörigen besondere Bedeutung zu. Wir bitten Sie um Ihre Unterstützung, dass die häusliche Pflege den ihr gebührenden Platz in der Landespflegestrukturplanung erhält. „wir pflegen Berlin“ e.V. hat zur Verbesserung der pflegerischen Versorgung in Berlin für die Legislaturperiode 2023 – 2026 Anregungen und Handlungsempfehlungen erarbeitet. Diese werden wir Ihnen demnächst gesondert zukommen lassen. Wir würden es sehr begrüßen, uns mit Ihnen dazu intensiv austauschen zu können.

Gabriele Tammen-Parr
Vorsitzende *wir pflegen Berlin e.V.*



Wir pflegen Berlin e.V. | Vorstand & Verwaltung |

Wir pflegen Berlin e.V.

Wir pflegen Berlin engagiert sich seit 2019 für die Belange der mehr als eine Viertel Million pflegenden Angehörigen in Berlin. Unsere Vision ist eine sorgende Gesellschaft, in der pflegende Angehörige anerkannt, sozial abgesichert und unterstützt werden, um selbstbestimmt mit ihren zu pflegenden Angehörigen leben und sozial teilhaben zu können.

Wir sind Interessenvertretung und Selbsthilfeorganisation zugleich. Bei uns sprechen die, die generationsunabhängig eine nahestehende Person unentgeltlich pflegen oder gepflegt haben. Zu unseren Mitgliedern zählen auch Frauen und Männer, die sich beruflich oder wissenschaftlich in der Pflege engagier(t)en.

Mangelhafte Unterstützung und soziale Benachteiligung dürfen nicht länger den Alltag pflegender und sorgender An- und Zugehöriger bestimmen. Stattdessen benötigen wir gesellschaftliche Anerkennung, eine bessere Vereinbarkeit von Pflege, Familie und Beruf, eine Weiterentwicklung der Entlastungsleistungen und Mitsprache als gleichberechtigte Partner in der Pflege.

Letzteres bedeutet, dass die Belange pflegender Angehöriger in allen pflegepolitisch relevanten Gremien und Ausschüssen gleichberechtigt vertreten werden.

Wir pflegen Berlin ist einer von 5 Landesvereinen des Bundesverbandes wir pflegen e.V. Der Bundesverband ist geschätzter Partner in vielen Bereichen der Pflege. Er ist Mitglied der Bundesarbeitsgemeinschaft der Seniorenorganisationen (BAGSO), arbeitet in allen Fachausschüssen mit. Er wirkt mit im Beirat zur Vereinbarkeit von Pflege und Beruf, im Beirat des Zentrums für Qualität in der Pflege (ZQP) und ist Mitglied im Bündnis für gute Pflege. Er wird zunehmend zu Gesetzesvorhaben als Sachverständiger zu Anhörungen eingeladen.